

Regierungsratsbeschluss

vom 3. Dezember 2019

Nr. 2019/1907
KR.Nr. I 0208/2019 (DDI)

Interpellation Nadine Vögeli (SP): Kampf gegen sexuelle Ausbeutung: Präventive und repressive Massnahmen gegen die Loverboy-Problematik Stellungnahme des Regierungsrates

1. Vorstosstext

«Loverboys» sind junge Männer, die minderjährige Mädchen und teilweise auch Jungen systematisch mit einer fieser Masche in die Prostitution führen. Das Alter der Opfer von Loverboys liegt zwischen 12-18 Jahren. Häufig nehmen die Loverboys via Chatrooms in sozialen Medien zu ihren Opfern Kontakt auf. Der Loverboy gibt den Mädchen Aufmerksamkeit, Zuneigung, Komplimente und oft auch Geschenke (z.B. Markenkleider, Smartphone etc.). Er gaukelt die grosse Liebe vor, macht sie systematisch von sich abhängig und sondert sie zunehmend von Freunden und Familie ab. Ist die Abhängigkeit erreicht, kann der Loverboy alles verlangen: z.B. Prostitution, Produktion von Pornographie und kriminelle Delikte. Das Ziel der Loverboys ist es, möglichst viel Geld zu verdienen. Sie sind faktisch brutale und skrupellose Menschenhändler und Zuhälter. Bedenken wir: Menschenhandel ist neben dem Drogenhandel die grösste deliktische Einnahmenquelle überhaupt.

Bisher suchten Loverboys ihre Opfer hauptsächlich in osteuropäischen Ländern. Die jüngsten Entwicklungen machen deutlich, dass den Loverboys auch in Westeuropa zunehmend Minderjährige zum Opfer fallen. In Deutschland wurde nach dem «Bundeslagebild 2017» des Bundeskriminalamts bei über einem Viertel der Opfer von Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung die «Loverboy-Methode» angewandt. 2017 waren dies 127 von insgesamt 489 festgestellten Opfern von Menschenhandel (26 Prozent). Die Präventionsbemühungen wurden verstärkt. Das ARD sendete einen Dokumentarfilm und Behörden in Nordrhein-Westfalen produzierten ein Präventionsvideo, das via Soziale Medien weite Verbreitung findet. https://www.wz.de/nrw/loverboys-wie-junge-maedchen-in-die-prostitution-gebracht-werden_aid-39493315

In der Schweiz gingen im Jahr 2017 bei der Nationalen Meldestelle gegen Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung 21 Meldungen zu «Loverboy-Fällen» ein. Auf der mit der Meldestelle verbundenen Website des Beratungs- und Schulungszentrums Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung ACT212 finden sich Filme und Dokus: <https://www.act212.ch/loverboys/filme-und-dokus>

Im Mai 2019 berichtete die BaZ über einen aktuellen Fall in der Schweiz: <https://www.bazonline.ch/leben/gesellschaft/das-maedchen-und-der-loverboy/story/14955902>

Die Erziehungsdirektion des Kantons Bern hat neben anderen Massnahmen für alle Lehrpersonen ein Faktenblatt mit Informationen zur Masche der Loverboys aufgeschaltet: https://www.erz.be.ch/erz/de/index/kindergarten_volksschule/kindergarten_volksschule/schulleitungen_undlehrpersonen/sexuelle_ausbeutung.assetref/dam/documents/ERZ/AKVB/de/09_Schulleitungen_Lehrpersonen/sl_lp_sexuelle_ausbeutung_informationsblatt_loverboy_d.pdf

Es ist wichtig, dass Personen, die mit Jugendlichen direkt zu tun haben, aufmerksam sind und Veränderungen wahrnehmen. Das ist ein wesentlicher Beitrag, um Opfer von Loverboys zu identifizieren.

Die Verfolgung und Aufklärung von Loverboy-Fällen benötigten Ressourcen auf Seiten der Polizei und Staatsanwaltschaft sowie vertieftes Wissen und eine Sensibilisierung für das Thema.

Wir bitten den Regierungsrat zu prüfen und zu berichten, mit welchen konkreten Massnahmen die zuständigen Stellen bereit sind, die Präventions- und Aufklärungsarbeit sowie die Verfolgung im Kanton Solothurn zu verstärken und stellen dazu folgende Fragen:

1. Kann sich die Regierung vorstellen, die Öffentlichkeit anhand einer Kampagne zu sensibilisieren und zusätzlich im Internet Merkblätter und umfassende Informationsmaterialien bereitzustellen?
2. Sind Lehrpersonen genügend für das Thema «Loverboys» sensibilisiert und wird es im Unterricht thematisiert?
3. Gibt es Organisationen im Kanton Solothurn, welche sich gezielt für die oftmals minderjährigen Opfer der Loverboys einsetzen und Unterstützung für den Ausstieg aus der Prostitution und der Abhängigkeit bieten?
4. Verfügen Polizei und Staatsanwaltschaft im Kanton Solothurn über genügend Ressourcen, um **präventiv und repressiv** gegen Loverboys vorzugehen?

2. Begründung

Die Begründung ist im Vorstosstext enthalten.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

3.1 Vorbemerkungen

Menschenhandel ist ein Verbrechen, das grundlegende Menschenrechte und die Menschenwürde verletzt. Er findet im Verborgenen statt; die Opfer sind für die Gesellschaft kaum sichtbar. Oft können sie nur von Spezialistinnen oder Spezialisten erkannt werden. Nur sehr wenige Opfer erheben von sich aus Anzeige gegen die Täter; zu gross ist ihre Angst vor Repressalien. Beim Menschenhandel spricht die Fachwelt deshalb von einem sog. Kontrolldelikt oder von Holkriminalität. Das heisst, um zu einem Anfangsverdacht für ein Strafverfahren zu gelangen, sind vertiefte Kontrollen und Vorermittlungen durch die Strafverfolgungsbehörden notwendig. In der Schweiz stellt die häufigste Form von Menschenhandel die sexuelle Ausbeutung dar. Zu dieser Kategorie gehört auch das Phänomen der Loverboys.

Im April 2017 hat das Bundesamt für Polizei (fedpol) den Nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel (NAP) 2017-2020 veröffentlicht. Der Aktionsplan legt die strategischen Schwerpunkte fest und schlägt 28 konkrete und gezielte Massnahmen zur Bekämpfung von menschenverachtenden Verbrechen vor. Ziel des Aktionsplans ist es, die Öffentlichkeit und die Fachleute für die Problematik zu sensibilisieren, die Strafverfolgung zu verstärken, die Opferidentifizierung zu verbessern und die Zusammenarbeit der Schweiz mit dem Ausland zu intensivieren. Im Rahmen dieses Plans ist ein Bericht über die Ausbeutung Minderjähriger geplant (Aktion 12 des NAP), in welchem auch auf das Thema Loverboys eingegangen werden soll. Weiter wird derzeit an Identifizierungsrichtlinien für die Polizei gearbeitet (Aktion 14 des NAP), in welchen die Ausbeutung Minderjähriger einschliesslich des Anwerbens durch Loverboys ein Thema sein wird.

Mit ACT212 Beratungs- und Schulungszentrum Menschenhandel und sexuelle Ausbeutung besteht ein politisch und konfessionell neutraler Verein mit Sitz in Bern. ACT212 hat Anfang 2019 eine Expertengruppe zum Thema Loverboy gebildet. Der Kanton Solothurn hat dieser Organisation 2019 für ihr Präventionsprojekt Loverboy einen Beitrag von CHF 7'800.00 aus dem Winkelried-Fonds gewährt.

Jährlich wird im Kanton Solothurn durch das Amt für soziale Sicherheit (ASO) der Runde Tisch Menschenhandel durchgeführt. Damit soll die Zusammenarbeit im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels gestärkt und optimiert werden. Mitglieder dieses Runden Tisches sind neben dem fedpol, die Beratungsstelle Opferhilfe Aargau-Solothurn, die Kantonspolizei, die Staatsanwaltschaft, die Sozialregionen, die FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration, Trafficking.ch und der Verein Lysistrada, der Sexarbeitende in gesundheitlicher, rechtlicher und sozialer Hinsicht unterstützt und berät. In diesem Jahr wurde ACT212 als Gast des Runden Tisches Menschenhandel eingeladen, um über die Loverboy-Problematik zu informieren.

3.2 Zu den Fragen

3.2.1 Zu Frage 1:

Kann sich die Regierung vorstellen, die Öffentlichkeit anhand einer Kampagne zu sensibilisieren und zusätzlich im Internet Merkblätter und umfassende Informationsmaterialien bereitzustellen?

Bis dato ist im Kanton Solothurn nur ein Loverboy-Fall bekannt. Es ist davon auszugehen, dass es weitere gibt. Die Entwicklung muss aufmerksam beobachtet und ernst genommen werden.

Die Öffentlichkeit über eine Kampagne zu sensibilisieren, ist als Massnahme denkbar. Aktuell halten wir es allerdings für angemessener, Partner und Institutionen gezielt über die Problematik zu informieren. Die Beteiligten des Runden Tisches werden sich weiterhin mit dem Thema auseinandersetzen und koordiniert mit dem fedpol erwägen, ob konkrete Massnahmen nötig sind und diese auch entwickeln.

3.2.2 Zu Frage 2:

Sind Lehrpersonen genügend für das Thema «Loverboys» sensibilisiert und wird es im Unterricht thematisiert?

Im Lehrplan der Volksschule gibt es verschiedene Lernfelder, in denen Kinder und Jugendliche konkret auf Gefahren aufmerksam gemacht werden. So stellt unter anderem ab dem Kindergarten bis in die Sekundarstufe I die informatische Bildung ein Lernziel dar. Aber auch sexuelle Integrität und Suchtmittel werden altersgemäss thematisiert. In diesem Sinne sind Lehrpersonen ganz allgemein auf Gefahren sensibilisiert, die mit der Nutzung neuer Medien zusammenhängen und können konkrete Phänomene im Unterricht aufnehmen.

Das fedpol hat angekündigt, die Kantone hinsichtlich Massnahmen für die Sensibilisierung an den Schulen zu unterstützen und will dazu gemeinsam mit ACT212 einen Flyer erarbeiten. Das ASO wird diesbezüglich mit dem fedpol in Kontakt bleiben und zum gegebenen Zeitpunkt mit geeigneten Instrumenten oder Projekten auf die Bildungsinstitutionen zugehen.

3.2.3 Zu Frage 3:

Gibt es Organisationen im Kanton Solothurn, welche sich gezielt für die oftmals minderjährigen Opfer der Loverboys einsetzen und Unterstützung für den Ausstieg aus der Prostitution und der Abhängigkeit bieten?

Jede Person, die durch eine Straftat in ihrer körperlichen, psychischen oder sexuellen Integrität unmittelbar beeinträchtigt worden ist, hat Anspruch auf Unterstützung nach dem Bundesgesetz über die Hilfe an Opfer von Straftaten (Opferhilfegesetz, OHG; SR 312.5). Sind die genannten Voraussetzungen erfüllt, besteht ein Anspruch auf Soforthilfe für die dringendsten Bedürfnisse, die als Folge einer Straftat entstehen. Soweit nötig, kann die betroffene Person auch längerfristige Hilfe beanspruchen, damit möglichst viele Folgen der Straftat überwunden werden können.

Schliesslich umfasst die Opferhilfe auch finanzielle Leistungen im Rahmen von Genugtuung und Entschädigung. Diese Leistungen stehen auch Opfern von Loverboys zu. Im Kanton Solothurn können sie sich an die Beratungsstelle Opferhilfe Aargau-Solothurn in Aarau wenden. Betroffene Personen erhalten dort kostenlos und vertraulich medizinische, psychologische, soziale, materielle sowie juristische Hilfe. Für die Betreuung, Beratung und Unterstützung von Opfern von Menschenhandel hat das Departement des Innern eine Leistungsvereinbarung mit der FIZ Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration abgeschlossen. Weiter besteht eine Zusammenarbeit mit Trafficking.ch, um im Einzelfall spezialisierte Schutzunterkünfte für Opfer von Menschenhandel anbieten zu können. Zudem steht ACT212 als nationale Meldestelle auch Opfern aus dem Kanton Solothurn offen.

Wir gehen aktuell davon aus, dass dieses Angebot ausreicht, um Opfern von Loverboys geeignete und wirksame Hilfe anbieten zu können. Sollten sich Lücken zeigen, werden diese thematisiert und koordiniert mit der gesamtschweizerischen Entwicklung geschlossen.

3.2.4 Zu Frage 4:

*Verfügen Polizei und Staatsanwaltschaft im Kanton Solothurn über genügend Ressourcen, um **präventiv und repressiv** gegen Loverboys vorzugehen?*

Typischerweise gelangen Verdachtsmeldungen im Zusammenhang mit Menschenhandel über spezifische Hilfsorganisationen wie bspw. ACT212 zur Kantonspolizei oder zur Staatsanwaltschaft. Selten erstatten die Opfer selber Anzeige. Ausserdem sind verwertbare Aussagen des möglichen Opfers aufgrund der Abhängigkeit von der tatverdächtigen Person nur sehr schwer zu erwirken. Bei der Bekämpfung des Phänomens üben private Organisationen folglich eine äusserst wichtige Funktion aus, vor allem auch wenn es um Prävention geht. Die bereits aufgebaute Zusammenarbeit mit diesen Organisationen und die Koordination mit dem fedpol stellen sicher, dass präventive Massnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Zur wirkungsvollen Bekämpfung erweisen sich zudem die gerichtspolizeilichen Tätigkeiten der Kantonspolizei als wesentlich. Diese ist wie auch die zuständige Abteilung der Staatsanwaltschaft, die Abteilung Wirtschaftsdelikte und Organisierte Kriminalität, bezüglich der Thematik sensibilisiert. Hinweise werden sehr ernst genommen und diesen wird mit den erforderlichen Mitteln nachgegangen. Der personelle Ressourceneinsatz solcher Verfahren ist hoch. Demensprechend müssen Prioritäten gesetzt und die Bearbeitung anderer Fälle muss teilweise aufgeschoben werden.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Verteiler

Departement des Innern, Departementssekretariat
Amt für soziale Sicherheit (4); HAN, SET, ERB, BOR (2019-080)
Parlamentsdienste
Traktandenliste Kantonsrat